



www.laender-analysen.de/ukraine

DER DONBASS-KONFLIKT

- | | | | |
|---|---|---|----|
| ■ ANALYSE
Faktencheck: Die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zum Donbass-Konflikt
Von Dennis Bereslavskiy und Heiko Pleines, Bremen | 2 | ■ DOKUMENTATION
Ukrainische Freiwilligen-Bataillone im Donbass | 13 |
| ■ ANALYSE
Vom Rebell zum Präsident: die Karrieren der Separatistenführer in der Ost-Ukraine
Von Stephan Hensell, Hamburg | 5 | ■ DOKUMENTATION
Amnesty International zu Exekutionen von Kriegsgefangenen durch die Separatisten | 16 |
| ■ KOMMENTAR
Ein schmaler Grat. Russland zwischen militärischer Eskalation und Deeskalation in der Ostukraine
Von Oliver Tamminga, Berlin | 7 | ■ CHRONIK
13. – 26. April 2015 | 17 |
| ■ DOKUMENTATION
Vereinbarte Erklärung des Vorsitzes, Außenminister Frank-Walter Steinmeier, zum Abschluss des Außenminister-Treffens im Normandie-Format, 13. April 2015 | 8 | ■ LESEHINWEIS
Polen, der Ukraine-Konflikt und die Europäische Union
Polen-Analysen 161 | 20 |
| ■ UMFRAGE
Die ukrainische Bevölkerung zum Donbass-Konflikt | 9 | ■ LESEHINWEIS
Abstracts von Artikeln aus OSTEUROPA 1–2/2015 mit Ukrainebezug | 20 |



Faktencheck: Die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen zum Donbass-Konflikt

Von Dennis Bereslavskiy und Heiko Pleines, Bremen

Zusammenfassung

Der vorliegende Beitrag dokumentiert, inwieweit die Bestimmungen der Minsker Vereinbarungen zur Lösung des Donbass-Konflikts vom September 2014 (Minsk 1) und vom Februar 2015 (Minsk 2) umgesetzt worden sind.

Einleitung

Nach dem schnellen Vorstoß der Separatisten im Donbass Richtung Süden bis zum Asowschen Meer hatten die Minsker Vereinbarungen vom September 2014 (Minsk 1) nicht nur einen Waffenstillstand vorgesehen, sondern auch weitreichende Maßnahmen für eine friedliche Lösung festgelegt. Nach dem erneuten Ausbrechen massiver Kampfhandlungen im Januar 2015 wurde im Februar 2015 ein ergänzendes Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen beschlossen (Minsk 2).

Mittlerweile mehren sich erneut Stimmen, die die Minsker Vereinbarungen für gescheitert halten. Hier soll deshalb eine umfassende Bestandsaufnahme vorgenommen werden, welche Bestimmungen der Minsker Vereinbarungen inwieweit umgesetzt worden sind.

Für eine bessere Übersichtlichkeit werden die Bestimmungen aus allen Bestandteilen der Minsker Vereinbarungen nach inhaltlichen Kriterien zusammengefasst. Der erste Themenkomplex umfasst die Maßnahmen zur Aufnahme, Kontrolle und Stabilisierung eines Waffenstillstands. Der zweite Themenkomplex umfasst die politische Lösung, die sich im Wesentlichen auf die Autonomie der Separatistengebiete bezieht, und der dritte Themenkomplex den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Region.

Waffenstillstand

Minsk 1 sah einen sofortigen Waffenstillstand vor, der durch die OSZE überwacht werden sollte. Als Waffenstillstandslinie wurde der Zustand vom 19. September 2014 festgeschrieben, der in einer Anlage dokumentiert wurde. Schwere Waffen sollten zurückgezogen werden. Ausländische Militärkräfte sollten das Land verlassen. An der ukrainisch-russischen Grenze sollte eine durch die OSZE-überwachte Sicherheitszone geschaffen werden. Es war ein Flugverbot für Kampfflugzeuge und Drohnen vorgesehen, mit Ausnahme von Beobachtungsdrohnen der OSZE. Alle Gefangenen sollten freigelassen werden und alle am Konflikt Beteiligten, sollten unter eine Amnestieregelung fallen.

Der in Minsk 1 vorgesehene Waffenstillstand wurde zwar nicht vollständig umgesetzt, die Kampfhand-

lungen ließen aber deutlich nach. Die OSZE Mission bekam die Möglichkeit die Waffenstillstandslinie weitgehend zu überwachen. Die Sicherheitszone an der Grenze zu Russland wurde hingegen nicht eingerichtet. Stattdessen ließ Russland nur die Überwachung von zwei Grenzübergängen durch die OSZE zu. Als Ergebnis langandauernder Verhandlungen kam es im Herbst zu einem schrittweisen Gefangenen austausch.

Das in Minsk 1 vorgesehene Amnestiegesetz wurde bereits im September 2014 vom ukrainischen Parlament verabschiedet. Es befreit Personen von der Strafverfolgung, die im Zeitraum vom 22. Februar 2014 bis 16. September 2014 Mitglieder einer bewaffneten Gruppe waren oder in Verbindung mit den selbsternannten Organen der Regionen Donezk und Lugansk standen. Ausgeschlossen sind dabei Personen, deren Handlungen zum Abschuss der malaysischen Passagiermaschine MH17 führten oder die schwere Straftaten begangen haben.

Der Waffenstillstand scheiterte dann offensichtlich im Januar 2015 als die Separatisten begannen den Donezker Flughafen zu erobern und es auch an vielen anderen Stellen zu verstärkten Kämpfen kam. Bis zu den erneuten Minsker Verhandlungen im Februar hatten die Separatisten gegenüber der Waffenstillstandslinie vom September 2014 Geländegewinne von etwa 500 Quadratkilometer erreicht, was bei einer Frontlänge von 400 km einem durchschnittlichen Vorrücken von gut einem Kilometer entspricht.

Minsk 2 sah erneut einen vollständigen Waffenstillstand vor. Gegenüber Minsk 1 sind die Regelungen präziser und enthalten klare zeitliche Vorgaben. Der Waffenstillstand sollte drei Tage nach Abschluss der Vereinbarung in Kraft treten. Der Abzug schwerer Waffen sollte 16 Tage nach Beginn des Waffenstillstands abgeschlossen sein. Der Abzug ausländischer militärischer Kräfte wurde noch einmal festgeschrieben. Illegale bewaffnete Gruppen sollten entwaffnet werden. Die OSZE wurde erneut mit der Überwachung und Unterstützung der Umsetzung beauftragt. Erneut wurde ein vollständiger Gefangenaustausch vorgesehen. Dieses Mal mit einer zeitlichen Frist von 21 Tagen nach Beginn des Waffenstillstands.

Auch der neue Waffenstillstand wurde nicht vollständig umgesetzt. In den ersten Tagen des Waffenstillstands setzten die Separatisten ihre Angriffe auf Debaltsevo über die Waffenstillstandslinie hinweg bis zur vollständigen Eroberung der Stadt fort. Seitdem haben die Kämpfe deutlich nachgelassen und keine Seite hat nachhaltige Vorstöße über die Waffenstillstandslinie unternommen. Die OSZE-Beobachtermission dokumentiert jedoch täglich Schusswechsel und vor allem am Donezker Flughafen und östlich von Mariupol regelmäßig heftige Gefechte, die u. a. zur fast vollständigen Zerstörung des Dorfes Schyrokyne geführt haben.

Beide Seiten haben einen Teil ihrer schweren Waffen abgezogen. Aber auch nach Verstreichen der für den Abzug vorgesehenen Frist dokumentiert die OSZE auf beiden Seiten den wiederholten Einsatz schwerer Waffen. Die OSZE beklagt außerdem, dass beide Seiten keine ausreichenden Informationen für eine Kontrolle des vollständigen Abzugs schwerer Waffen zur Verfügung stellen.

Die Forderung nach der Entwaffnung illegaler Verbände hat die Ukraine durch die Eingliederung aller Freiwilligen-Bataillone in staatliche Strukturen für die eigene Seite formal gegenstandslos gemacht. Da aus ukrainischer Sicht alle Kämpfer der Separatisten terroristischen Vereinigungen angehören, bedeutet aus dieser Perspektive die Forderung nach der Entwaffnung illegaler Gruppen die vollständige Waffenniederlegung durch die Separatisten.

Beim Gefangenenaustausch hat es auch anderthalb Monate nach Verstreichen der entsprechenden Frist keine Fortschritte gegeben. Amnesty International hat pro-russischen Bataillonen in den Separatistengebieten die Exekution von Kriegsgefangenen vorgeworfen.

Minsk 2 enthält auch die Verpflichtung, die Sicherheit humanitärer Hilfslieferungen im Rahmen eines internationalen Mechanismus zu gewährleisten. Ein internationaler Mechanismus für humanitäre Hilfslieferungen in das Separatistengebiet existiert. Das Internationale Rote Kreuz hat so aus von der Ukraine kontrolliertem Gebiet Hilfslieferungen in das von den Separatisten eroberte Debaltsevo betreut. Russland hingegen schickt weiter eigene Hilfskonvois unter Verletzung ukrainischer Hoheitsrechte unkontrolliert direkt in das Separatistengebiet. Dies ist möglich, da die russische Grenze zum Separatistengebiet von der Ukraine nicht kontrolliert wird.

Die Einrichtung der Sicherheitszone an der ukrainisch-russischen Grenze wird in Minsk 2 nicht mehr erwähnt. Da Minsk 2 die Vereinbarungen von Minsk 1 aber nicht ersetzt, sondern ergänzt, gilt die Forderung nach einer Sicherheitszone aber weiterhin. Ergänzend legt Minsk 2 fest, dass nach Abschluss der politischen

Lösung des Donbass-Konflikts zum Jahresende 2015 die Ukraine die volle Kontrolle über die gesamte Grenze mit Russland übernimmt.

Politische Lösung

Minsk 1 sah als politische Lösung drei Schritte vor: Fortführung des inklusiven gesamtnationalen Dialogs, vorgezogene Lokalwahlen in den Separatistengebieten entsprechend der ukrainischen gesetzlichen Regelungen und Dezentralisierung des ukrainischen Staatsaufbaus. Minsk 2 ergänzt, dass die Ukraine das Separatistengebiet im entsprechenden Gesetz gemäß der Waffenstillstandslinie vom September 2014 definieren soll und dass spätestens im März der Dialog über die Durchführung der Lokalwahlen beginnen soll. Die Wahlen selber sollen OSZE Standards entsprechen und von der OSZE beobachtet werden. Gleichzeitig wird festgelegt, dass die politische Lösung zum Jahresende 2015 umgesetzt worden sein soll. In beiden Minsker Abkommen wird die konkrete Ausarbeitung der politischen Lösung auf weitere Verhandlungen verschoben.

Nach Minsk 1 hatte die Ukraine umgehend ein Gesetz verabschiedet, dass die Grundlage für separate vorgezogene Lokalwahlen im Separatistengebiet schuf, die im Dezember 2014 stattfinden sollten. Das Gesetz »Über die besondere Regelung der kommunalen Selbstverwaltung in bestimmten Bezirken der Regionen Donezk und Luhansk« sieht für einen Zeitraum von drei Jahren eine Sonderstellung dieser Bezirke vor, die ihnen de facto eine weitreichende Autonomie einräumt. Das Gesetz bezieht sich dabei eindeutig auf die von den Separatisten kontrollierten Bezirke, legt für das entsprechende Gebiet aber keine genauen Grenzen fest. Viele Umsetzungsfragen werden auf spätere Rechtsakte verschoben.

Bereits im November führten die Separatisten dann im von ihnen kontrollierten Gebiet Wahlen durch, die der Minsker Vereinbarung in zentralen Punkten nicht entsprachen, da sie weder ukrainischem Recht noch demokratischen Standards gerecht wurden und nicht als Lokalwahlen sondern als Präsidenten- und Parlamentswahlen eines unabhängigen Staates durchgeführt wurden. Die politische Lösung des Konfliktes wurde anschließend nicht mehr weiterverfolgt.

In Reaktion auf Minsk 2 wurde das Gesetz über den Sonderstatus des Separatistengebietes dann von der Ukraine im März 2015 erweitert. So wurde das Separatistengebiet gemäß Minsk 2 durch die Waffenstillstandslinie vom September 2014 definiert. Gleichzeitig wurde aber festgelegt, dass die Gebiete ihren Sonderstatus mit weitgehenden Autonomierechten erst nach der Durchführung ordentlicher Lokalwahlen erhalten. Die separate gesetzliche Regelung zur Durchführung der Lokalwahlen wird derzeit im ukrainischen Parlament

erarbeitet. Entgegen der Vorgabe von Minsk 2 basiert sie aber nicht auf einem Dialog mit den Separatisten.

Bis zur Durchführung der Lokalwahlen gilt für das Separatistengebiet gemäß eines zusätzlichen Erlasses des Parlaments der Status eines vorübergehend besetzten Territoriums. Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko erklärte explizit, dass an Verhandlungen über Autonomierechte nur in Übereinstimmung mit den Minsker Vereinbarungen gewählte Vertreter der Separatistengebiete teilnehmen könnten.

Für die in den Minsker Vereinbarungen vorgesehene Dezentralisierung der Ukraine ist eine Verfassungsreform erforderlich, da die zentralstaatliche Organisation – einschließlich des Autonomiestatus für die Krim – in der Verfassung festgelegt ist. Anfang März hat Präsident Poroschenko eine Verfassungskommission ins Leben gerufen, die Politiker, nationale und internationale Experten zusammenbringt und die »Versprechen und Verpflichtungen einer Dezentralisierung« erfüllen soll. Der Präsident der Venedig-Kommission des Europarates, Gianni Buquicchio, bezweifelt jedoch, dass eine Verfassungsreform noch bis Ende des Jahres umgesetzt werden kann, wie in Minsk 2 vorgesehen. Laut Buquicchio ist die Umsetzung nur dann möglich, wenn die erste Lesung im Parlament noch vor Juni stattfindet.

Wiederaufbau des Donbass

Minsk 1 behandelte den Wiederaufbau des Donbass nur in sehr allgemeiner Form. In insgesamt zwei Sätzen wurden Maßnahmen zur Verbesserung der humanitären Lage sowie ein Programm zum wirtschaftlichen Wiederaufbau gefordert. Das ukrainische Gesetz vom September 2014 über den Sonderstatus des Separatistengebietes sah auch entsprechende Maßnahmen vor, die aber aufgrund des Scheiterns der politischen Lösung nicht umgesetzt wurden.

Minsk 2 macht dann ausschließlich konkretere Vorgaben für die schnelle Wiederherstellung der sozio-ökonomischen Verbindungen zwischen dem Separatistengebiet und der restlichen Ukraine. Dabei geht es vor allem um die Wiederherstellung eines gemeinsamen Zahlungssystems und der Wiederaufnahme von Sozialleistungen, Zahlungen für die kommunale Versorgung und Steuerzahlungen. Wörtlich heißt es: »Hierzu soll die Ukraine die Kontrolle über das Bankensystem in den vom Konflikt betroffenen Gebieten wiederherstellen und möglicherweise sollte ein internationaler Mechanismus zur Erleichterung solcher Transfers [im Finanzbereich] eingerichtet werden.« Aufgrund der andauernden Kampfhandlungen und des Fehlens eines politischen Dialogs erscheint dies derzeit nicht realistisch.

Gemäß eines Beschlusses des ukrainischen Parlaments vom März 2015 gilt für das Separatistengebiet

der Status eines vorübergehend besetzten Territoriums. Der Status gilt solange, bis alle illegalen und fremden Truppen das Gebiet verlassen haben und die Zentralregierung in Kiew wieder die Kontrolle über die Grenzen der Ukraine besitzt. Aus ukrainischer Sicht sind Maßnahmen zum Aufbau des Donbass vorher nicht möglich.

Resümee

Die obige Darstellung zeigt, dass eine wirkliche Umsetzung der Minsker Vereinbarungen in weiter Ferne liegt. Zwar wurden die Kampfhandlungen deutlich eingeschränkt, jedoch keineswegs beendet. Die politische Lösung wird zwar im ukrainischen Parlament weiterverfolgt, aber ihre Realisierung erscheint mehr als fraglich. Entgegen der Vorgaben von Minsk 2 gibt es keine weiteren Verhandlungen im Rahmen der Trilateralen Gruppe und thematische Arbeitsgruppen zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen sind noch nicht einmal eingerichtet worden.

Beide Seiten haben anscheinend eingesehen, dass eine militärische Lösung des Konflikts zu ihren Gunsten nicht möglich ist. Die Eroberung des wichtigen Verkehrsknotenpunktes Debaltsevo durch die Separatisten war wohl die letzte strategische Militäroperation des Konfliktes. Die immer noch andauernden Verletzungen des Waffenstillstands sind daher nicht Ausdruck militärischer Planung, sondern belegen eher das Misstrauen zwischen den Konfliktparteien (und teilweise auch gegenüber der OSZE Beobachtermission) sowie die fehlende Kontrolle über einzelne Kampfverbände.

Offensichtlich haben beide Seiten aber kein Interesse an der politischen Lösung des Konfliktes, wie sie in Minsk 2 vorgesehen ist. Die Separatisten haben direkt nach Abschluss der Verhandlungen die Stadt Debaltsevo erobert, die nicht auf ihrer Seite der Waffenstillstandslinie liegt und deshalb im Zuge einer politischen Lösung nicht unter ihrer Kontrolle bliebe. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass die Separatisten einen Großangriff durchführen, nur um eine Stadt zu erobern, die sie bald wieder abgeben wollen. Gleichzeitig ist es mehr als fraglich, dass die Separatisten freie und faire Lokalwahlen gewinnen würden, insbesondere wenn eine große Zahl von Flüchtlingen zurückkehren würde. Dementsprechend scheint es die Strategie der Separatisten zu sein, den status quo dauerhaft zu verteidigen.

Die ukrainische Regierung wiederum hat offensichtlich kein Interesse, die Separatisten durch einen politischen Prozess zu legitimieren, wie auch Stephan Hensell im folgenden Beitrag argumentiert. Dementsprechend besteht sie darauf, nur mit demokratisch gewählten Vertretern zu verhandeln. Die längerfristige Erwartung mag dabei sein, dass die Separatistengebiete ohne die Versorgung aus der Ukraine nicht lebensfähig sein werden.

Gleichzeitig gibt es Anzeichen für ukrainische Versuche, den Konflikt »einzufrieren«. Mitte März hat die ukrainische Regierung 35 Mio. Euro bereitgestellt, um die Waffenstillstandslinie nachhaltig zu befestigen. Es

gibt derzeit sieben von der Ukraine eingerichtete »Transportkorridore«, die mit Passagierscheinen den Übergang vom Separatistengebiet zum ukrainisch kontrollierten Gebiet ermöglichen.

Über die Autoren

Dennis Bereslavskiy studiert Politikwissenschaft an der Universität Bremen und hat im Rahmen eines Forschungspraktikums am vorliegenden Beitrag mitgearbeitet.

Prof. Dr. Heiko Pleines leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Quellen

- Minsk 1, bestehend aus Protokoll und Memorandum, ist in den Ukraine-Analysen Nr. 136 <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen136.pdf>> (S. 7) und 137 <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen137.pdf>> (S. 30) in eigener deutscher Übersetzung veröffentlicht worden. Die ukrainische Zeitschrift Zerkalo Nedeli hat eine unveröffentlichte Anlage zum Memorandum präsentiert, die den Verlauf der Waffenstillstandslinie festlegt. Die Dokumentation ist in russischer Sprache im Internet verfügbar unter: <http://zn.ua/UKRAINE/pismo-putina-poroshenko-polnyy-teksti-putinskaya-karta-linii-razgranicheniya-164964_.html>
- Minsk 2 ist in den Ukraine-Analysen Nr. 147 <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen147.pdf>> (S. 9) in der englischen Übersetzung des UN-Sicherheitsrates dokumentiert worden.
- Die täglichen Berichte der OSZE-Beobachtermission zur Einhaltung des Waffenstillstandes sind online verfügbar unter <<http://www.osce.org/ukraine-smm/daily-updates>>. Dort finden sich auch Informationen zu humanitären Hilfslieferungen in das Separatistengebiet. Der Eskalation der Kämpfe vor den zweiten Minsker Verhandlungen widmen sich die Ukraine-Analysen Nr. 144 <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen144.pdf>> (S. 11–15), den Waffenstillstandslinien die Ukraine-Analysen Nr. 146 <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen146.pdf>> (S. 7–8). Die Eingliederung der ukrainischen Freiwilligen-Bataillone in staatliche Strukturen sowie die Vorwürfe von Amnesty International zur Exekution von Kriegsgefangenen durch die Separatisten sind in der vorliegenden Ukraine-Analyse dokumentiert, das Amnestiegesetz in den Ukraine-Analysen Nr. 136 <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen136.pdf>> (S. 10).
- Das Gesetz über den Sonderstatus der Separatistengebiete in der Fassung vom September 2014 wird in den Ukraine-Analysen Nr. 136 <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen136.pdf>> (S. 9–10) behandelt, die im Separatistengebiet nach Minsk 1 durchgeführten Wahlen in den Ukraine-Analysen Nr. 140 <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen140.pdf>> (S. 11–15). Die ukrainische rechtliche Regelung zu den Separatistengebieten nach Minsk 2 ist auf der Internetseite des ukrainischen Parlaments verfügbar unter <<http://zakon2.rada.gov.ua/laws/show/1680-18>>, <<http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/254-viii>> und <<http://portal.rada.gov.ua/ru/news/Novosty/Soobshchenyya/page/ru/news/Novosty/Soobshchenyya/105471.html>>

ANALYSE

Vom Rebell zum Präsident: die Karrieren der Separatistenführer in der Ost-Ukraine

Von Stephan Hensell, Hamburg

Einleitung

Mit der territorialen Konsolidierung der von den Rebellen kontrollierten Gebiete in der Ostukraine sind auch zwei neue, international jedoch nicht anerkannte Mini-

Staaten entstanden: die Volkrepubliken Donezk (VRD) und Luhansk (VRL). An ihrer Spitze stehen wiederum zwei Rebellenführer, die inzwischen als »Präsidenten« ihrer Republiken auftreten: Aleksandr Sachartschenko

in Donezk und Igor Plotnizki in Luhansk. Welchen Hintergrund haben diese beiden politischen Anführer und wie erklärt sich ihr plötzlicher Aufstieg?

Die »Präsidenten«

Alexander Sachartschenko (*1976) ist gebürtiger Ukrainer und nach eigenen Angaben in der Donezk-Region aufgewachsen. Nach einem technischen Schulabschluss arbeitete er zunächst als Elektroingenieur, später als Kleinunternehmer im Kohlehandel. Sachartschenko war von Anfang an aktiv an gewaltsamen Aktionen der Separatisten im Donbass sowie als Führungsmitglied der militanten Gruppierung *Oplot* an der Niederschlagung der pro-demokratischen Proteste auf dem Maidan in Kiew beteiligt. Er trat erstmals in der Öffentlichkeit im April 2014 als Anführer einer bewaffneten Gruppe in Erscheinung, die den Stadtrat von Donezk besetzte. Später wurde er als »Stadtkommandant« von Donezk bezeichnet. Im Mai wurde er zum »stellvertretenden Innenminister« ernannt und im August berief Alexander Borodai, der selbst ernannte »Ministerpräsident« der VRD, Sachartschenko zu seinem Amtsnachfolger.

Igor Plotnizki (*1964) stammt nach eigenen Angaben ebenfalls aus der Ostukraine. Er diente in der Sowjetunion in der Armee als Berufssoldat und wurde 1991 mit dem Rang eines Majors entlassen. Daraufhin war er zunächst als Geschäftsmann tätig. Ab 2004 stieg er in der Verwaltung des Gebiets Luhansk auf. Im Mai 2014 wurde Plotnizki zum »Verteidigungsminister« der VRL ernannt und am 20. August 2014 als »Ministerpräsident« eingesetzt.

Mit den im November 2014 durchgeführten Präsidentschaftswahlen erhielten die beiden amtierenden Ministerpräsidenten die Mehrheit der Stimmen, nämlich 75 % für Sachartschenko in Donezk und 63 % für Plotnizki in Luhansk. Die mit den Wahlgewinnern verbundenen Parteien erhielten im Zuge der zeitgleich durchgeführten Parlamentswahlen jeweils mehr als zwei Drittel der Stimmen.

Grundlagen des Aufstiegs

Aus den Karriereverläufen wird ersichtlich, dass Sachartschenko und Plotnizki erst im Verlauf des Krieges, dann aber innerhalb sehr kurzer Zeit, zu zentralen Akteuren aufgestiegen sind. Die Karrieren der Separatistenführer sind nicht untypisch für die Aufstiegswege von Rebellen, denen es im Zuge von innerstaatlichen Kriegen gelingt eine Beteiligung an der Regierung zu erlangen oder sogar Anführer eines eigenen Staates zu werden. Rebellenkarrieren sind häufig durch den unmittelbaren Sprung in politische Positionen gekennzeichnet.

Für ihren Aufstieg brauchen sie jedoch Machtmittel, die sich mit dem Soziologen Pierre Bourdieu als

unterschiedliche Sorten von »Kapital« fassen lassen. Darüber hinaus sind sie auf Möglichkeiten zur Akkumulation dieses Kapitals angewiesen, wie sie sich z. B. durch demokratische Wahlen oder externe Interventionen ergeben. Auch für den Aufstieg die Separatistenführer in der Ostukraine scheint eine spezifische Kapitalausstattung und Gelegenheitsstruktur maßgeblich gewesen zu sein.

Kulturelles Kapital in Form von militärischer Ausbildung bei Plotnizki und praktischer Gewaltexpertise bei Sachartschenko dürfte dazu beigetragen haben, dass beide rasch in die Führungsriege der Rebellen aufsteigen und ein gewisses »Kriegercharisma« erlangen konnten.

Ökonomisches Kapital in Form von Geld- oder Produktionsmitteln hat demgegenüber vermutlich eine geringere Rolle für ihren Aufstieg gespielt. Ob die Kontrolle und Ausbeutung von Bergwerken und Kohlegruben zur Finanzierung des Krieges wesentlich beigetragen hat, erscheint angesichts der Förderbedingungen und Verwertungsmöglichkeiten eher zweifelhaft. Eine größere Bedeutung könnte direkte finanzielle Unterstützung aus Moskau gespielt haben, worüber sich allerdings nur spekulieren lässt.

Mehr Gewicht scheint dem sozialen Kapital als Summe mobilisierbarer Beziehungen zuzukommen. Vermutlich ist es Sachartschenko und Plotnizki inzwischen gelungen, ihren Rückhalt bei der Bevölkerung in der Ostukraine auszubauen und damit ihre Unterstützerbasis zu verbreitern. Vor dem Krieg befürwortete stets nur eine Minderheit offenen Separatismus und damit eine Abspaltung der Ostukraine. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen haben jedoch eine hohe Zustimmung für beide Präsidenten ergeben. Allerdings haben diese Wahlen keinerlei demokratischen Standards genügt und an ihrer Aussagekraft bestehen berechtigte Zweifel. So oder so ist jedoch davon auszugehen, dass sich mit den fortgesetzten Kämpfen Feindbilder auf beiden Seiten verhärten und damit die Unterstützung in der Bevölkerung für die separatistische Politik und ihre Anführer wächst.

Entscheidend für den Aufstieg der beiden Präsidenten scheinen aber vor allem die Gelegenheiten zu sein, die sich aus der Internationalisierung des Krieges und der externen Unterstützung durch Russland ergeben. Als militärisch intervenierende Macht hat Russland die Rebellen von Anfang an informell mit Logistik, Material und Soldaten unterstützt. Die hiermit verbundenen militärischen Kapazitäten stellen ein entscheidendes »organisatorisches Kapital« für die Rebellen dar.

Noch wichtiger aber dürfte das symbolische Kapital sein. Werden Rebellen als legitimer politischer Akteur offiziell anerkannt, dann erlangen ihre Ressourcen oder verfügbaren Kapitalsorten eine symbolische Qualität

im Sinne der kollektiven Anerkennung durch andere Akteure wie internationale Organisationen, Staaten, die bekämpfte Regierung oder die lokale Bevölkerung. Sie werden damit symbolisches Kapital. Je mehr symbolisches Kapital, desto größer der legitime Anspruch auf politische Positionen und damit die Machstellung der Rebellen.

Russlands Rolle

Obschon Russland die Unabhängigkeit der beiden Volksrepubliken nicht anerkannt hat, so hat der Kreml doch ein wesentliches Interesse daran, dass die Separatisten international als legitime Verhandlungspartner anerkannt werden. Denn dies würde ihre Machtposition und damit den *status quo* im Sinne des Kremels erhalten. Ginge es nach Moskau würden die Separatistenführer ab sofort gleichberechtigt an allen Verhandlungen teilnehmen. Diese Anerkennung verleiht den Rebellen entscheidendes symbolisches Kapital. Es verwundert daher nicht, dass Kiew dies entschieden ablehnt und die Rebellenführer stattdessen als »Terroristen« oder Marionetten Russlands bezeichnet. Dennoch haben Sachartschenko

und Plotnizki bereits im September 2014 in Minsk als regionale Repräsentanten der Donezker Separatisten eine Vereinbarung über einen Waffenstillstand unterzeichnet und damit symbolisches Kapital der internationalen Anerkennung erlangt.

Es ist vor allem die externe Unterstützung und Anerkennung durch Russland, die für die Machtsicherung der Separatistenführer entscheidend ist. Würde der Kreml diese Anerkennung verweigern und im Zuge dessen auch die materielle Unterstützung der Rebellen einstellen, wäre das Ende der Volksrepubliken und ihrer Präsidenten vermutlich schnell besiegelt. Die Politik Russlands in anderen abtrünnigen Republiken wie in Abchasien und Südossetien lässt es allerdings als unwahrscheinlich erscheinen, dass es hierzu kommt. Daher erscheint es auch fraglich, ob die jetzigen Präsidenten und die ihnen zugeordneten Regierungen und Parlamente bereit sind, die errungene Macht im Zuge von Regionalwahlen und einem Sonderstatus für die Separatistengebiete wieder abzugeben, wie es die Minsker Vereinbarungen der Staats- und Regierungschefs vorsehen.

Über den Autor

Dr. Stephan Hensell ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft / Forschungsstelle Kriege der Universität Hamburg. Seine thematischen Schwerpunkte sind Kriege, Intervention, Eliten sowie staatliche Herrschaft im Globalen Süden.

KOMMENTAR

Ein schmaler Grat

Russland zwischen militärischer Eskalation und Deeskalation in der Ostukraine

Von Oliver Tamminga, Berlin

Seit Monaten kämpfen im Osten der Ukraine prorussische Rebellen gegen die ukrainische Armee. Russland unterstützt die Separatisten, indem die Rebellen beraten, ausgebildet sowie mit Waffen, Material, Aufklärungsergebnissen, Feuerunterstützung und Personal versorgt werden. Dabei versucht Russland bisher den Anteil eigener regulärer Streitkräfte auf ukrainischem Staatsgebiet so gering wie möglich zu halten. Nur in Situationen, in denen es den Anschein hatte, dass die ukrainischen Streitkräfte die Initiative gewinnen könnten, sollen immer wieder reguläre russische Einheiten die Grenze zur Ostukraine überschritten haben. Diese Offensiven sollen dazu beigetragen haben, Teile der Regionen Donezk und Luhansk zu erobern, womit das

Ziel verfolgt wurde, die Regierung in Kiew zu Verhandlungen mit den Separatisten zu zwingen.

Gleichwohl reichte die russische militärische Unterstützung in den zurückliegenden Monaten nie so weit, dass der gesamte Donbass durch die Separatisten hätte besetzt werden können. Nach dem Zurückdrängen des jeweiligen Vorstoßes der ukrainischen Streitkräfte, wurden die russischen Kräfte alsbald auf ihre Ausgangspositionen zurückgezogen. Auch war die russische Regierung in der Vergangenheit, beispielsweise auf dem Höhepunkt der Diskussion um mögliche Waffenlieferungen an die Ukraine, darum bemüht, abgesehen von militärischem und rhetorischem Säbelrasseln die militärische Lage zu deeskalieren.

Moskau scheint sich bisher mit einem eingefrorenen Konflikt in der Ukraine zufrieden zu geben, da damit der Druck auf die Regierung in Kiew und auf den Westen aufrechterhalten werden kann. Demnach ist es das operative Ziel der russischen Streitkräfte, den weiten Bestand der russisch-kontrollierten »Republiken« im Osten der Ukraine sicherzustellen, um somit Einfluss und Kontrolle in der Ukraine zu wahren sowie die ukrainische Regierung zu destabilisieren.

Trotz des im Februar in Minsk vereinbarten Waffenstillstandsabkommens und Friedensfahrplans scheint Russland auch weiterhin Truppen und Ausrüstung über die Grenze zu bewegen. Zwar sind seitdem die Feindseligkeiten abgeflaut, aber es gibt immer wieder Gefechte und Tote auf beiden Seiten. Die OSZE weist beiden Seiten Schuld am Ausbruch der Feindseligkeiten zu. Die Lage in der Ostukraine ist weiterhin gespannt. Beim Wiederaufflammen der Kämpfe rund um Schirokino und den Flughafen von Donezk in den vergangenen Wochen sind auch schwere Waffen zum Einsatz gekommen.

Das Abkommen von Minsk ist fragil. Der Erfolg wird maßgeblich davon abhängen, ob in Moskau der politische Wille besteht, den Druck auf die Separatisten

zu erhöhen, den Waffenstillstand zu akzeptieren und ob es Kiew gelingt, die Teile der Freiwilligenverbände unter Kontrolle zu halten, die gegen den Waffenstillstand sind. Sollte eine Seite scheitern, ist eine militärische Eskalation möglich. Das wahrscheinlichste Szenario ist, dass Russland auch weiterhin nur militärisch direkt eingreifen wird, wenn sich die Lage zu Ungunsten Moskaus entwickelt und die Möglichkeit der politischen Einflussnahme schwindet. Das gefährlichste Szenario ist, dass Russland derzeit die eigenen Kräfte reorganisiert und unter einem Vorwand und des Eindrucks der relativen Schwäche der ukrainischen Armee versucht, eine militärische Entscheidung in der Ostukraine herbeizuführen. Sollte dies der Fall sein, sind eine weitere militärische Eskalation und die Ausweitung der durch die Rebellen kontrollierten Gebiete nicht auszuschließen.

Es gibt gegenwärtig keine schnelle Lösung im Umgang mit dem Ukraine-Konflikt. Deutschland sollte sich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass die diplomatischen Bemühungen um das Waffenstillstandsabkommen tragen. Sollte dies nicht der Fall sein und die militärische Lage erneut eskalieren, scheint eine Rückkehr zu einer regelbasierten und kooperativen Sicherheitsordnung in Europa schwer vorstellbar.

Über den Autor

Oberstleutnant i. G. Oliver Tamminga ist Wissenschaftler der Stiftung Wissenschaft und Politik.

DOKUMENTATION

Pressemitteilung

Vereinbarte Erklärung des Vorsitzes, Außenminister Frank-Walter Steinmeier, zum Abschluss des Außenminister-Treffens im Normandie-Format, 13. April 2015 (in englischer Sprache)

Erscheinungsdatum

14.04.2015

Foreign Ministers Normandy Meeting in Berlin, 13 April 2015

Agreed Statement of the Chair

1. The Foreign Ministers of France, Germany, the Russian Federation and Ukraine, met in Berlin today to discuss the way ahead on the ceasefire and the political process in order to implement the Minsk Agreements in their entirety. The Special Representative of the OSCE-CiO, Ambassador Tagliavini, and the Chief Monitor of the OSCE Special Monitoring Mission, Ambassador Apakan, were part of the larger meeting.

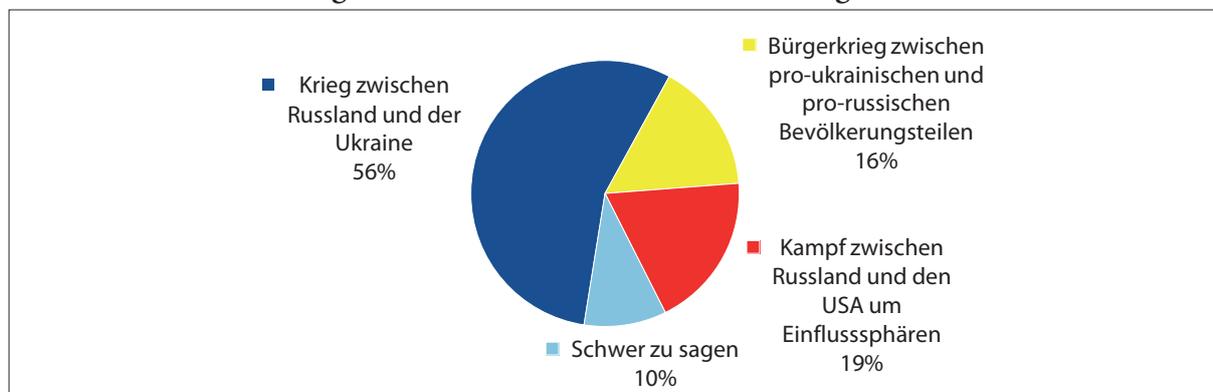
2. Regarding the implementation of the ceasefire, the situation remains tense because of numerous violations. In particular, we express our grave concern at the recent outbreak of fights over the last weekend, including the use of heavy weapons around Shyrokyne and Donetsk Airport. We call on all sides to stop fighting and demonstrate their commitment to fully implementing the ceasefire and conclude the withdrawal of heavy weapons definitely. We furthermore call for the withdrawal of mortars and heavy weapons below 100mm as well as all types of tanks. We call upon the Trilateral Contact Group in consultation with SMM and JCCC to agree on a relevant schedule. We also strongly call on the sides to be fully cooperative on the verification process.
3. We express our strong support to efforts by the OSCE SMM in cooperation with JCCC to establish a permanent presence in areas that require constant monitoring with a view to a quick de-escalation of the situation. We support the current SMM activities in order to de-escalate the situation in the east of Mariupol (Shyrokyne) and Donetsk Airport and call upon the parties to cooperate with SMM for that purpose. We reiterate our call on the sides to establish permanent and unfettered access to the SMM to implement its mandate and the Minsk Agreements, and to continue and conclude the withdrawal of heavy weapons as soon as possible, to be fully and transparently verified by the OSCE monitors.
4. We commend the activities of the Special Representative of the OSCE Chairperson-in-Office, Ambassador Heidi Tagliavini and the Chief Monitor of the OSCE-SMM, Ambassador Apakan. We call on the participants to urgently finalize an operational concept on the working groups within the Trilateral Contact Group as soon as possible. We agree that the four working groups on security; political process; humanitarian issues; and economic affairs and rehabilitation must be launched as soon as possible. The immediate appointment of participants by the sides and agreement on working group coordinators will facilitate a quick start of the working groups.
5. We task our Deputy Foreign Ministers/Political Directors to continue to oversee the implementation of the Minsk Package, with a strong emphasis on a quick launch of the Working Groups and our continued support to their activities, as well as on the sustainable improvement of the security situation. We remain committed to support the process whenever necessary.

Quelle: <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2015/150413-Ukraine_ErklaerungVorsitz.html>

UMFRAGE

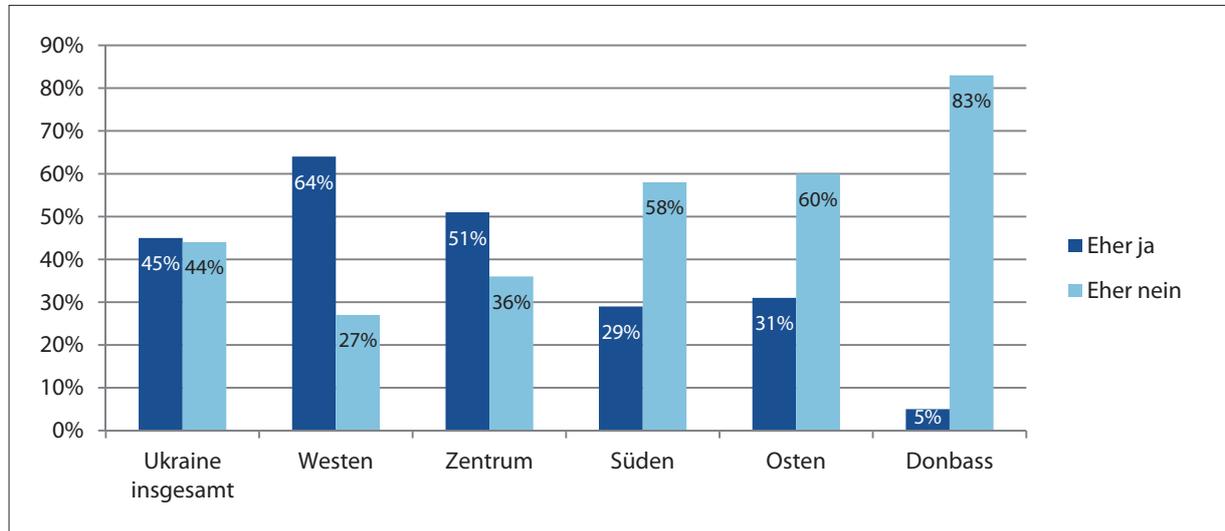
Die ukrainische Bevölkerung zum Donbass-Konflikt

Grafik 1: Was ist der allgemeine Kern des Donbass-Konflikts? (gesamte Ukraine, März 2015)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums, <http://www.dif.org.ua/ua/commentaries/sociologist_view/perevazhna-mkova.htm>

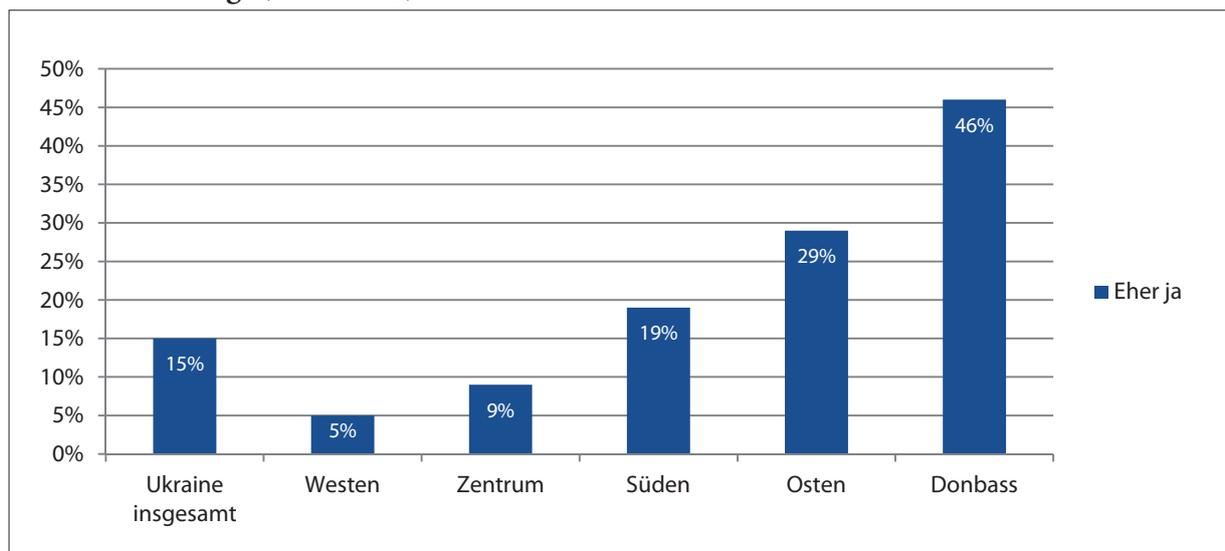
Grafik 2: Unterstützen Sie die ukrainische »Anti-Terror Operation« in der Ostukraine? (März 2015)



Anmerkung: Donbass erfasst nur die von der Ukraine kontrollierten Teile. Keine Antwort bzw. »Weiß nicht« wurden nicht aufgenommen.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationales Institut für Soziologie, <http://kiis.com.ua/materials/pr/20152603_ratings/Ukraine2000_Results3.pdf>

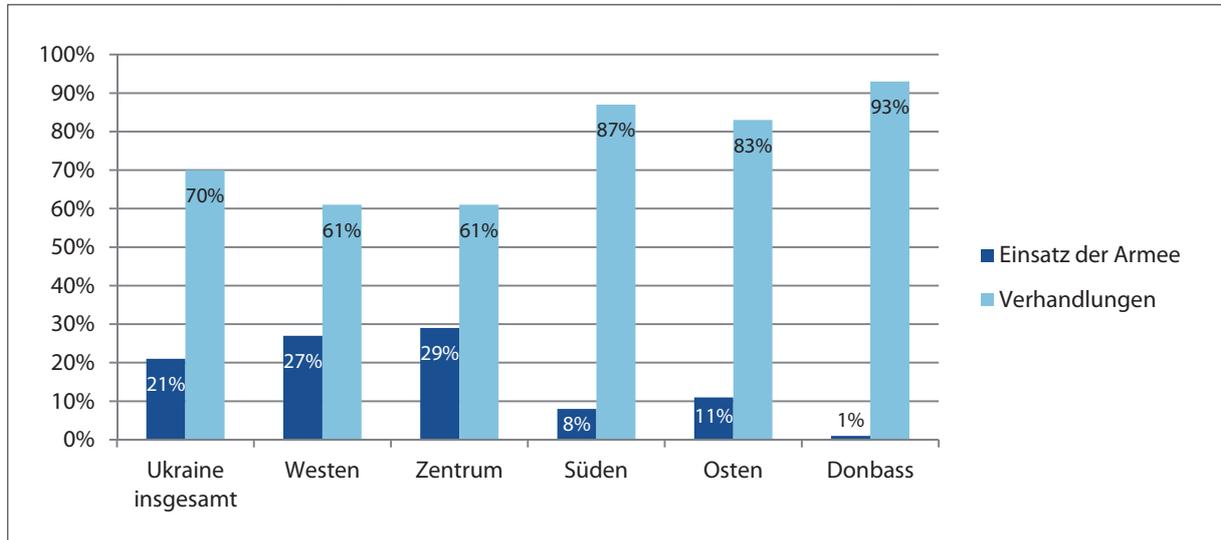
Grafik 3: Ist die ukrainische »Anti-Terror Operation« eine Strafaktion gegen die lokale Bevölkerung? (März 2015)



Anmerkung: Donbass erfasst nur die von der Ukraine kontrollierten Teile.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationales Institut für Soziologie, <http://kiis.com.ua/materials/pr/20152603_ratings/Ukraine2000_Results3.pdf>

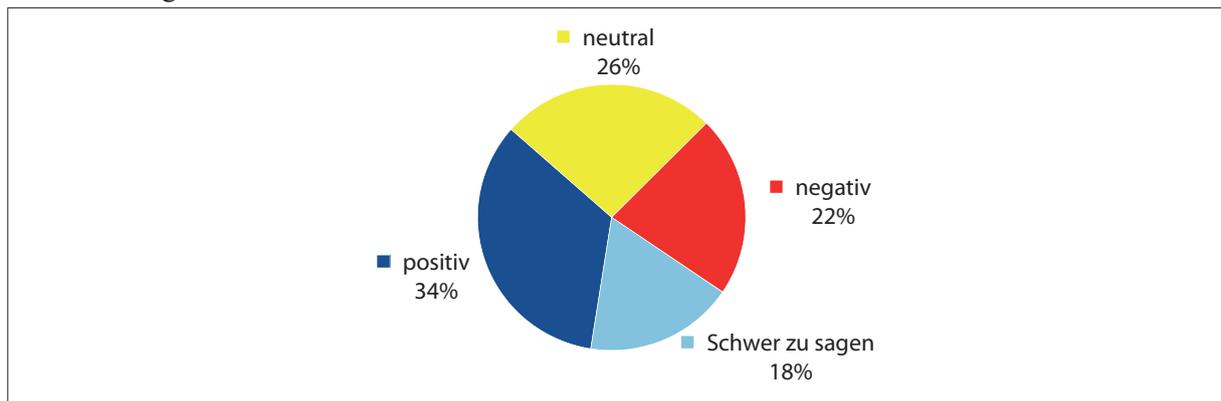
Grafik 4: Welche Lösung des Donbass-Konflikts halten Sie für die angemessenste? (März 2015)



Anmerkung: Donbass erfasst nur die von der Ukraine kontrollierten Teile. Keine Antwort bzw. »Weiß nicht« wurden nicht aufgenommen.

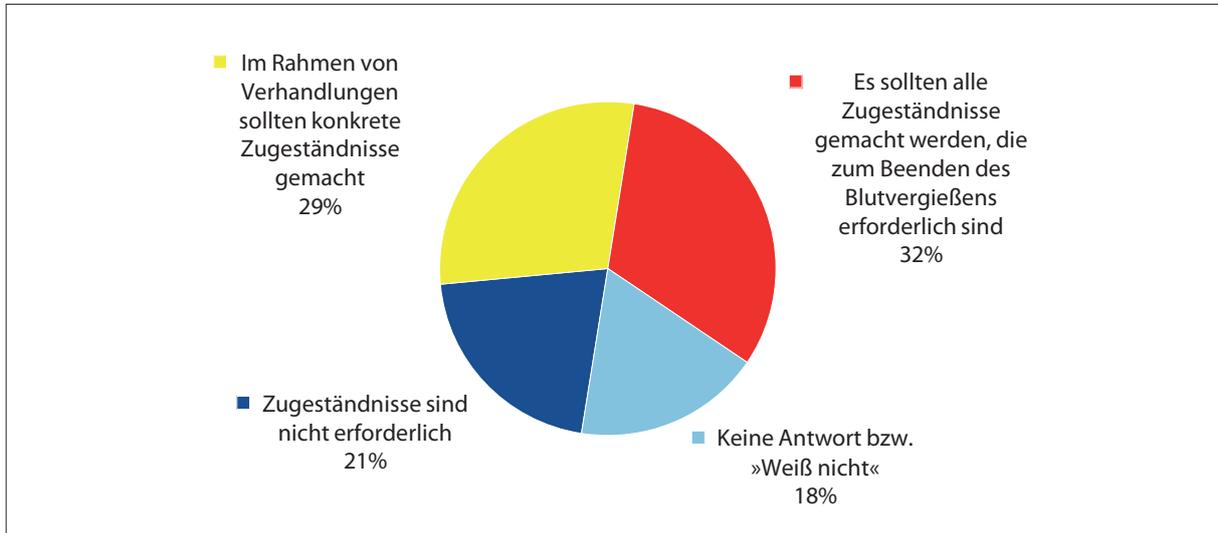
Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationales Institut für Soziologie, <http://kiis.com.ua/materials/pr/20152603_ratings/Ukraine2000_Results3.pdf>

Grafik 5: Wie bewerten Sie die Minsker Vereinbarungen zum Donbass-Konflikt? (gesamte Ukraine, März 2015)



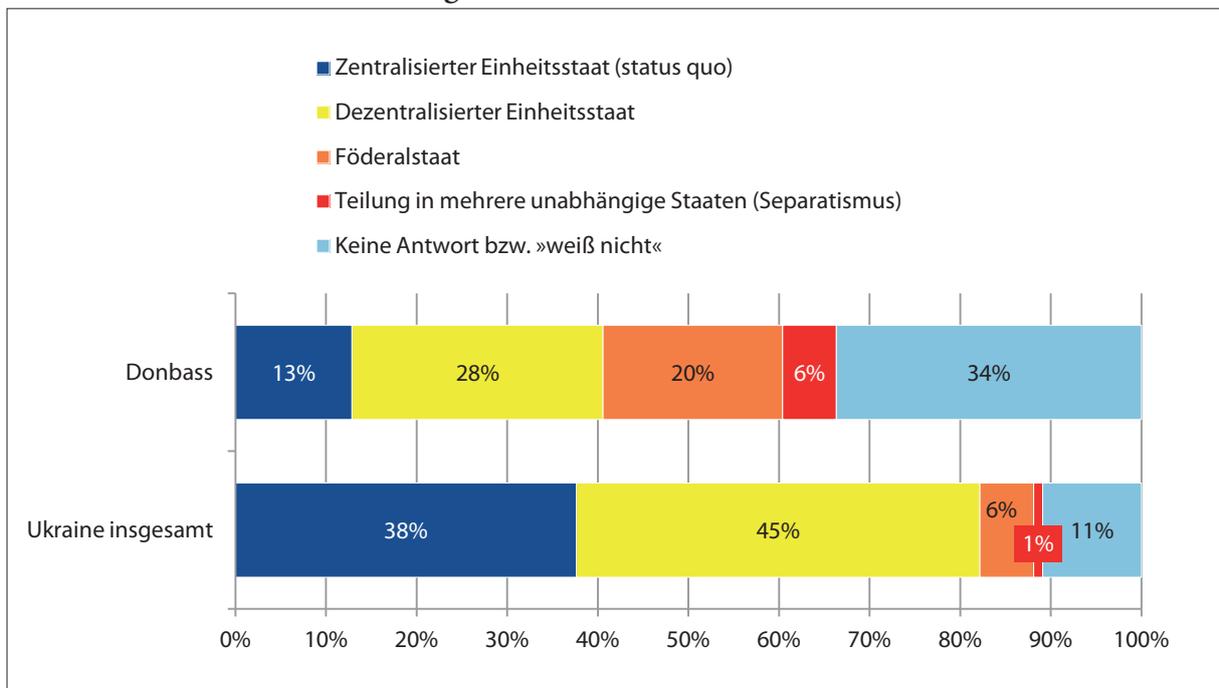
Quelle: Repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums, <http://www.dif.org.ua/ua/commentaries/sociologist_view/perevazhna-mkova.htm>

Grafik 6: Sollte die ukrainische Regierung Zugeständnisse machen, um den Donbass-Konflikt zu beenden? (Ukraine insgesamt, Februar 2015)



Quelle: Repräsentative Umfrage der GfK, <http://www.gfk.com/ua/Documents/Press%20Releases/20150313_infographics.pdf>

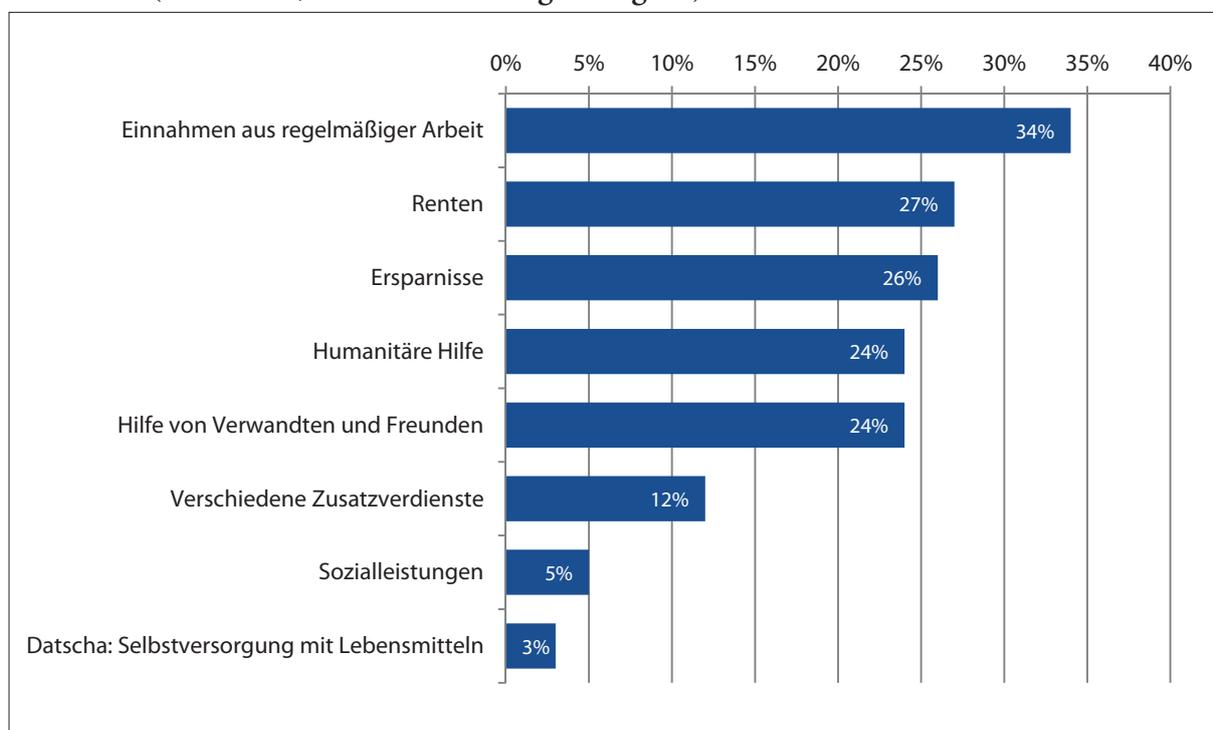
Grafik 7: Wie sollte der zukünftige Staatsaufbau der Ukraine aussehen? (März 2015)



Anmerkung: Donbass erfasst nur die von der Ukraine kontrollierten Teile.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer Internationales Institut für Soziologie, <http://kiis.com.ua/materials/pr/20152603_ratings/Ukraine2000_Results3.pdf>

Grafik 8: Donbass: Wie bestreiten Sie Ihren Lebensunterhalt?
(März 2015, Mehrfachnennungen möglich)



Anmerkung: Befragt wurden Bewohner sowohl der von der Ukraine kontrollierten Teile als auch der Separatistengebiete in den Regionen Donezk und Lugansk.

Quelle: Telefonumfrage des Kiewer Internationales Institut für Soziologie, 2.105 Befragte, *Argumenty i Fakty w Ukraine*, Nr. 14 (2015), S. 2.

DOKUMENTATION

Ukrainische Freiwilligen-Bataillone im Donbass

Bis zu zehn Freiwilligen-Bataillone mit insgesamt etwa 2.000 Mitgliedern kämpfen im Donbass auf der Seite der ukrainischen Armee. Weitere Bataillone übernehmen außerhalb des Donbass polizeiliche Sicherheitsaufgaben, etwa bei Straßenkontrollen. Die Rolle der ukrainischen Freiwilligen-Bataillone im Donbass-Konflikt ist umstritten. Die Bataillone kämpften ursprünglich unkontrolliert neben den staatlichen Einheiten und sind mittlerweile formal in die staatlichen Strukturen eingegliedert. Es gibt jedoch immer wieder Verletzungen der Waffenruhe durch Freiwilligen-Bataillone, die zeigen, dass diese offensichtlich nicht voll in die Kommandostrukturen integriert sind.

Gleichzeitig gibt die offen rechtsextreme Orientierung einiger Bataillone regelmäßig Anlass zu Kritik. Vor allem den Bataillonen Asow und Aidar haben die internationalen Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Human Rights Watch Kriegsverbrechen und Straftaten vorgeworfen.

Der politische Einfluss der Bataillone könnte dadurch gestärkt worden sein, dass einige ihrer Vertreter bei den Wahlen im Oktober ins ukrainische Parlament eingezogen sind.

Die folgende Dokumentation gibt basierend auf Presseberichten und frei zugänglichen Internetquellen einen tabellarischen Überblick über die Bataillone und ihre Kommandeure.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Tabelle 1: Die wichtigsten Freiwilligen-Bataillone

Bataillon	Gründungsmonat	Formale Unterstellung	Truppenstärke	Bekannte Verluste
Aidar	Mai 2014	Verteidigungsministerium	ca. 500	86
Asow	Mai 2014	Innenministerium, seit November 2014 Nationalgarde	ca. 500	15
Dnipro-1	April 2014	Innenministerium	ca. 4.000	20
Donbass	April 2014	Nationalgarde	über 600	45
Rechter Sektor	Juli 2014	Verteidigungsministerium	über 120	31

Anmerkungen: Das Bataillon Dnipro-1 unterstützt vorrangig verstärkte Sicherheitsmaßnahmen in der Region Dnipropetrowsk. Nur ein Teil des Bataillons beteiligt sich an Kampfeinsätzen im Donbass. Bekannte Verluste mit Stand vom 15.01.2015.

Zusammenstellung: Katerina Bosko

Tabelle 2: Die Kommandeure

Bataillon	Kommandeur(e)	Kurzbiographie
Aidar	Sergei Melnitschuk (aktiv bis November 2014)	Ehemaliger Offizier, Aktivist des EuroMaidan, seit Oktober 2014 Parlamentsabgeordneter
Asow	Andrei Bilezki	Seit 2002 Mitglied in militanten rechtsextremen Organisationen, 2011–14 unter Mordverdacht in Untersuchungshaft, seit Oktober 2014 Parlamentsabgeordneter
Dnipro-1	Juri Bereza	Berufssoldat, war Vorsitzender des Dnipropetrowsker Verbandes des Kongresses Ukrainischer Nationalisten, seit Oktober 2014 Parlamentsabgeordneter
Donbass	Semen Sementschenko	Gebürtig aus Sewastopol (Krim), studierte in Moskau Fernseh-dramaturgie ohne Abschluss, arbeitete bis Ende 2013 in Donezk, seit Oktober 2014 Parlamentsabgeordneter
Rechter Sektor	Dmitri Jarosch	Seit 1994 Führungsmittglied der rechtsextremen Organisationen Trizub (Dreizack), 2013 Mitbegründer des Rechten Sektors, Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen 2014 (0,7 % der Stimmen), seit Oktober 2014 Parlamentsabgeordneter

Zusammenstellung: Katerina Bosko

Tabelle 3: Bataillonsangehörige im Parlament

Bataillon	Abgeordnete	Position im Bataillon	Parlamentsfraktion
Aidar	Sergei Melnitschuk	Kommandeur	Radikale Partei (Regierungs-koalition), im Februar 2015 aus der Fraktion ausgeschlossen, seitdem Volkswille (Opposition)
	Wolodimir Soljar	Stellv. Kommandeur	Volksfront (Regierungskoalition)
	Igor Lapin	Unterkommandeur	Volksfront (Regierungskoalition)
	Nadeshda Sawtschenko	Leutnant, in russischer Haft	Vaterland (Regierungskoalition)
Artemiwwsk	Konstantin Matejtschenko	Kommandeur	Volksfront (Regierungskoalition)
Asow	Andrei Bilezki	Kommandeur	fraktionslos
	Igor Mosijtschuk	Stellv. Kommandeur	Radikale Partei (Regierungskoalition)
	Oleg Petrenko	Kämpfer	Block Poroschenko

Fortsetzung auf der nächsten Seite

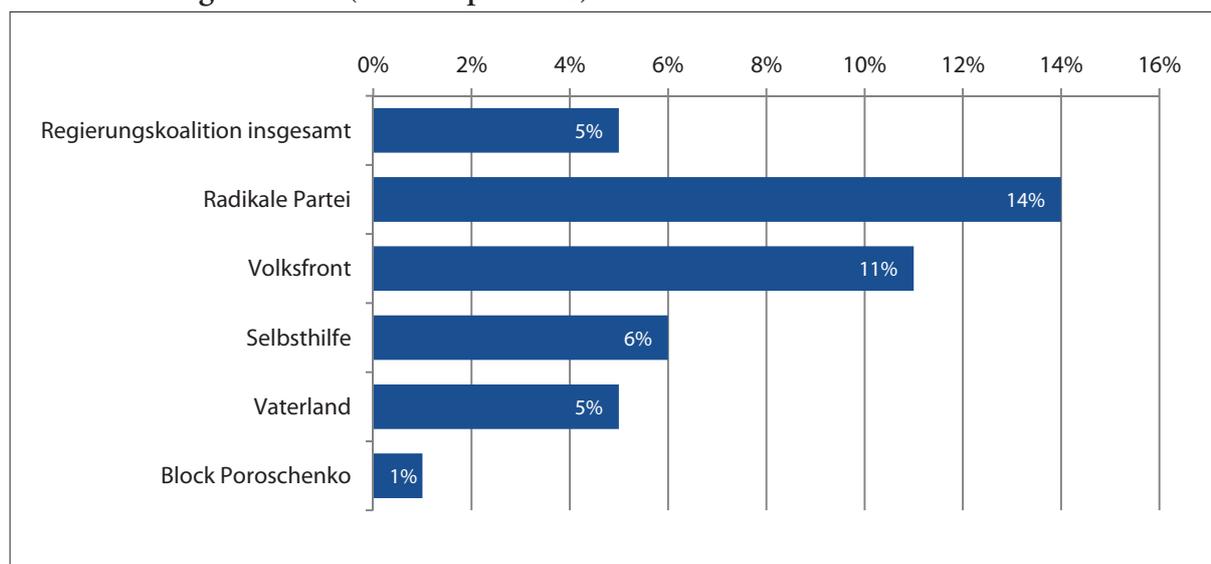
Tabelle 3: Bataillonsangehörige im Parlament (Fortsetzung)

Bataillon	Abgeordnete	Position im Bataillon	Parlamentsfraktion
Dnipro-1	Juri Bereza	Kommandeur	Volksfront (Regierungskoalition)
Donbass	Semen Sementschenko (richtiger Name: Konstantin Grischin)	Kommandeur	Selbsthilfe (Regierungskoalition)
	Pawlo Kischkar	Leiter Informationsabteilung	Selbsthilfe (Regierungskoalition)
Kiew-1	Jewgeni Dejdej	Kommandeur	Volksfront (Regierungskoalition)
Kultschizkij	Michailo Bondar	Stellv. Kommandeur	Volksfront (Regierungskoalition)
	Juri Timoschenko	Gardemitglied	Volksfront (Regierungskoalition)
Lugansk-1	Artem Witko	Kommandeur	Radikale Partei (Regierungskoalition)
Mirotworez	Andri Teteruk	Kommandeur	Volksfront (Regierungskoalition)
Rechter Sektor	Dmitro Jarosch	Kommandeur	fraktionslos
Swjata Marija	Dmitro Linko	Kommandeur	Radikale Partei (Regierungskoalition)
Zoloti Worota	Michailo Gawriljuk	Kämpfer	Volksfront (Regierungskoalition)

Quelle: Website des ukrainischen Parlaments, <http://w1.c1.rada.gov.ua/pls/site2/p_deputat_list>

Zusammenstellung: Katerina Bosko

Grafik 1: Anteil von Mitgliedern von Freiwilligen-Bataillonen an den Fraktionen der Regierungskoalition (Stand: April 2015)



Zusammenstellung: Katerina Bosko

Amnesty International zu Exekutionen von Kriegsgefangenen durch die Separatisten

New evidence of summary killings of Ukrainian soldiers must spark urgent investigations

9 April 2015, 00:01 UTC

Shocking new evidence of “execution-style killings” by pro-Russian armed groups in Donbass, eastern Ukraine, illustrates the urgent need for action to tackle the escalating human rights and humanitarian crisis in the area, said Amnesty International.

“The new evidence of these summary killings confirms what we have suspected for a long time. The question now is: what are the separatist leaders going to do about it?” said Denis Krivosheev, Europe and Central Asia Deputy Director at Amnesty International.

“The torture, ill-treatment and killing of captured, surrendered or wounded soldiers are war crimes. These claims must be promptly, thoroughly and impartially investigated, and the perpetrators prosecuted in fair trials by recognized authorities.”

Footage reviewed by Amnesty International shows Ukrainian soldier Ihor Branovytsky, one of the defenders of Donetsk airport, taken captive and interrogated. The video, posted on YouTube, shows signs that he was hit in the face. He remained in captivity until he was killed.

A number of individuals claim to have seen Ihor Branovytsky being shot and killed point-blank by a separatist commander. His body was returned to his family earlier this month and he was buried in Kyiv on 3 April. The Ukrainian security services have opened an investigation into his killing.

Amnesty International has also seen videos documenting the captivity, and pictures of the dead bodies, of at least three other members of the Ukrainian armed forces, reportedly being held in a morgue in Donetsk. There are signs of bullet wounds to their heads and upper parts of their bodies, apparently the result of execution-style killings. The soldiers had been captured by pro-Russian forces in Debaltseve between 12 and 18 February 2015 when the defending Ukrainian forces were encircled there.

The revelation follows a report by the Ukrainian newspaper Kyiv Post on 6 April featuring a phone interview, allegedly made by Arseniy Pavlov, better known by his nom-de-guerre “Motorola”. Pavlov, reportedly a Russian national and the leader of the pro-Russian armed group known as “Sparta Battalion” operating in eastern Ukraine, claimed he had “shot dead” 15 soldiers captured from the Ukrainian armed forces. He is alleged to have killed Ihor Branovytsky.

“This chilling ‘confession’ from a separatist fighter, alongside video evidence and testimony from witnesses, and the mounting evidence of abuses of captives by both sides, highlights the urgent need for an independent investigation into this and all other allegations of abuses in this conflict which began a year ago,” said Denis Krivosheev.

“Summary killings are a war crime, plain and simple. The leaders of the self-styled ‘Donetsk People’s Republic’ in eastern Ukraine must send their members a clear message: those who fight with them or on their behalf must respect the laws of war. They must urgently remove from their ranks anyone suspected of responsibility for ordering or committing serious violations of international humanitarian law and human rights abuses, and fully cooperate with any independent investigation.”

As parties to the armed conflict, armed groups such as “Sparta Battalion” are legally bound by the rules of international humanitarian law—the laws of war—which prohibit, among other things, torture and other ill-treatment and the killing of detainees.

Quelle: <<https://www.amnesty.org/en/articles/news/2015/04/ukraine-new-evidence-of-summary-killings-of-captured-soldiers-must-spark-urgent-investigations/>>

CHRONIK

13. – 26. April 2015

13.04.2014	Ein ukrainischer Vertreter des Gemeinsamen Kontroll- und Koordinationszentrums berichtet, dass am Flughafen von Donezk ein lokaler Journalist ums Leben gekommen sei, als eine Granate sein Fahrzeug getroffen habe.
13.04.2014	Die Beobachtermission der OSZE meldet intensivere Kämpfe in der Region Donezk. Am Vortag habe man 1.166 Detonationen gezählt. Beide Seiten würden schwere Waffen einsetzen, die aus diesem Gebiet bereits hätten abgezogen werden sollen.
13.04.2014	Am Abend kommen die Außenminister der Ukraine, Deutschlands, Frankreichs und Russlands in Berlin zu Gesprächen zusammen. Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier warnt, es sei zu früh von Erfolgen der Minsker Vereinbarungen zu sprechen. Der politische Prozess zur Lösung des Konflikts müsse in Gang gesetzt werden.
14.04.2015	Die Außenminister der Ukraine, Deutschlands, Frankreichs und Russlands rufen in einer gemeinsamen Erklärung zur sofortigen Einstellung der Kampfhandlungen und zum Abzug der schweren Waffen auf. Der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin erklärt, man habe sich bei dem Treffen in Berlin in der Frage einer Friedensmission der EU oder der UN nicht einigen können, werde aber weitere Gespräche zum Thema führen.
14.04.2015	Ein Pressesprecher der EU-Kommission kündigt an, dass am 20. April 2015 die trilateralen Gespräche zwischen der EU, der Ukraine und Russland zur Implementierung des Assoziations- und Freihandelsabkommens zwischen der EU und der Ukraine wieder aufgenommen würden.
14.04.2015	Nach einer Videokonferenz der trilateralen Kontaktgruppe mit Vertretern der »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk schlägt der ukrainische Vertreter, der ehemalige Präsident Leonid Kutschma, die Einrichtung von zehn dauerhaften Überwachungspunkten vor. Die ersten dieser Punkte könnten in den aktuellen Krisenregionen um den Donezker Flughafen und in Schyrokyne errichtet werden. Dort sollten Vertreter der Kontaktgruppe aus Russland und der Ukraine sowie Beobachter der OSZE-Mission die Einhaltung des Waffenstillstands kontrollieren. Zudem solle Schyrokyne entmilitarisiert, humanitäre Hilfe von der Ukraine nach Donezk und Luhansk gebracht und ein Plan zum Abzug der Panzer unterzeichnet werden. Die Pressesprecherin Kutschmas bezeichnet die Initiative als die Fortführung des Außenministertreffens in Berlin vom Vortag.
14.04.2015	Die Nationalbank der Ukraine belässt den Leitzins bei 30 %.
15.04.2015	Das ukrainische Außenministerium fordert Russland auf, weitere Hilfslieferungen für das Separatistengebiet nicht per LKW sondern per Güterzug zu transportieren. Die russischen Hilfskonvois passieren gesetzeswidrig die Grenze zwischen Russland und dem Separatistengebiet, ohne von ukrainischen Beamten kontrolliert zu werden. Die Ukraine äußert beständig den Verdacht, die Lieferungen würden neben Hilfsgütern auch Waffen und Munition enthalten. Ein Transport per Güterzug könnte von ukrainischen Grenzbeamten eher kontrolliert werden.
15.04.2015	In Kiew wird der ehemalige Abgeordnete der Partei der Regionen Oleh Kalaschnykov erschossen. Die Ermittlungsbehörden schließen einen Mord aus politischen Beweggründen nicht aus. Kalaschnykov war unter anderem an der Organisation des »AntiMaidan« im Jahr 2014 beteiligt gewesen.
15.04.2015	Die pro-ukrainische Internetplattform »Obkom« teilt mit, dass in der Nacht vom 12. auf den 13. April der Journalist Serhij Suchobok in Kiew ermordet worden sei. Suchobok hatte die Plattform mitgegründet.
16.04.2015	Bei einer Umfrage von Transparency International Ukraina, PwCUkraina, PrivatBank und GfK Ukraina geben 28 % der befragten Unternehmer an, dass im vergangenen halben Jahr die Korruption in der Ukraine zugenommen habe. Eine Abnahme registrieren 15 %, während 57 % keinen Unterschied bemerken.
16.04.2015	Präsident Petro Poroschenko ernennt den Leiter des neu eingerichteten Antikorruptionsbüros. Den Posten erhält der 35-jährige Artem Sytnyk, der zuvor bei der Staatsanwaltschaft gearbeitet hatte.
16.04.2015	In Kiew wird der Journalist Oles Busin erschossen. Er hatte – unter anderem in der Zeitung »Segodnja« – russlandfreundliche Positionen vertreten und den »AntiMaidan« unterstützt.
16.04.2015	In einem Interview mit dem US-amerikanischen Nachrichtendienst Bloomberg schließt der Separatistenführer der »Volksrepublik Donezk«, Oleksandr Sachartschenko, eine Annäherung der »Volksrepublik« und der ukrainischen Regierung aus. Es bestünden fundamentale Differenzen. Die erneute Aufnahme von Kriegshandlungen sei wahrscheinlich.
17.04.2015	Der ukrainische Politikwissenschaftler Wolodymyr Fesenko berichtet, er habe ein Schreiben von einer bisher unbekanntem nationalistischen Organisation namens Ukrainische Aufständische Armee erhalten, in dem diese die Verantwortung für die Morde an dem Politiker Oleg Kalaschnykov und dem Journalisten Oles Busin sowie für weitere Todesfälle ehemaliger Politiker der »Partei der Regionen« übernehme und weitere Morde an pro-russischen Politikern und Journalisten ankündige. Auch der Oppositionsblock erhält einen solchen Brief mit weiteren Drohungen.

17.04.2015	US-amerikanische Soldaten der 173. Luftlande-Brigade treffen in Lwiw ein, um Einheiten der ukrainischen Nationalgarde auszubilden.
17.04.2015	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt, dass bereits 90 % der Ukrainer ein Formular zur Beantragung von Hilfsleistungen für kommunale Dienstleistungen erhalten hätten. Im April waren infolge von Forderungen des Internationalen Währungsfonds die Energie- und Wasserpreise drastisch angehoben worden. Ukrainische Bürger können unter bestimmten Umständen staatliche Unterstützungsleistungen zur Kompensation beantragen.
18.04.2015	Ein Pressesprecher des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte erklärt, dass im Krieg in der Ostukraine bereits 6.116 Menschen ums Leben gekommen und etwa 15.500 Menschen verletzt worden seien.
18.04.2015	Der kanadische Abgeordnete Ted Opitz erklärt, Kanada werde der Ukraine in den kommenden Monaten nicht-tödliche militärische Ausrüstung im Wert von drei Millionen US-Dollar liefern, unter anderem ein mobiles Feldlazarett und Hochfrequenzfunkgeräte.
18.04.2015	Der Gouverneur des Gebietes Luhansk, Hennadyj Moskal, beklagt einen Angriff der Separatisten auf den Ort Staniza Luhanska. Zwei Häuser von Zivilisten seien durch Granaten beschädigt worden, niemand sei verletzt worden. Auch in Trochisbenka im Gebiet Luhansk soll es zu Kämpfen gekommen sein.
19.04.2015	UNICEF gibt an, dass seit Beginn des Jahres 2015 im Donbass infolge von Kriegshandlungen etwa 400 Zivilisten ums Leben gekommen seien.
19.04.2015	Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier reagiert auf eine Äußerung des russischen Präsidenten Wladimir Putin, der eine Anerkennung der »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk durch Russland nicht kategorisch ausgeschlossen hatte. Steinmeier erklärt, eine solche Anerkennung würde den Friedensprozess im Donbass erheblich erschweren.
20.04.2015	Der Generalsekretär der OSZE, Lamberto Zannier, erklärt, in Schyrokyne sei ein Waffenstillstand erreicht worden, der bereits mehrere Stunden anhalte. Das Dorf Schyrokyne liegt östlich von Mariupol an der Küste und gilt als strategisch wichtiger Punkt für beide Seiten des Konflikts.
20.04.2015	Energieminister Wolodymyr Demtschyschyn gibt an, dass die Ukraine bereits seit dem 10. April 2015 nicht mehr für den Strom zahle, der von Russland in die von Separatisten kontrollierten Gebiete geliefert wird.
21.04.2015	Die OSZE-Beobachtermission berichtet, dass sie – in drei von sechs untersuchten Fällen – von Separatisten abgezogene schwere Waffen nicht mehr an ihren Unterbringungsorten vorgefunden habe.
21.04.2015	Die USA sichern der Ukraine weitere Unterstützung in Höhe von etwa 18 Millionen US-Dollar zu. Die Mittel sollen für humanitäre Hilfe verwendet werden. In einem Telefonat sagt US-Vizepräsident Joe Biden dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko zudem weitere Kredite in Höhe von einer Milliarde US-Dollar im Laufe des Jahres 2015 zu.
21.04.2015	In Charkiw werden drei ehemalige Angehörige der inzwischen aufgelösten Spezialeinheit Berkut festgenommen. Sie werden verdächtigt, für den Tod von drei Protestierenden am 18. Februar 2014 in Kiew verantwortlich zu sein.
22.04.2015	Nachdem Energieminister Wolodymyr Demtschyschyn angekündigt hatte, drei der zurzeit 35 von der Ukraine kontrollierten Kohlezechen schließen zu lassen, versammeln sich etwa 1.000 Bergleute vor der Präsidentschaft zu einer Kundgebung. Sie fordern unter anderem den Rücktritt des Ministers. Eine Versammlung von 800 Delegierten hatte zuvor eine entsprechende Erklärung verabschiedet und mit landesweiten Streiks gedroht, falls die Forderungen nicht erfüllt würden.
22.04.2015	Die Generalstaatsanwaltschaft erklärt, der Verdacht der Brandstiftung im Haus der Gewerkschaften in Odessa am 2. Mai 2014 habe sich nicht erhärtet. Dort waren nach Ausschreitungen zwischen Demonstranten des »AntiMaidan« und pro-ukrainischen Aktivisten und Nationalisten 48 Menschen bei einem Feuer ums Leben gekommen – mehrheitlich Angehörige des AntiMaidan. Der pro-ukrainischen Seite war Brandstiftung vorgeworfen worden.
22.04.2015	Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt, die in Russland inhaftierte ukrainische Kampfpilotin Nadeschda Sawtschenko würde im Falle einer Verurteilung wahrscheinlich von einer Amnestie profitieren können. Diese Möglichkeit ist Bestandteil der Minsker Vereinbarungen.
22.04.2015	Der russische Energiekonzern Gazprom fordert von dem ukrainischen Unternehmen Naftohaz die Rückzahlung von 174 Millionen US-Dollar für Gaslieferungen in den von Separatisten kontrollierten Teil der Ukraine.
23.04.2015	Der polnische Präsident Bronislaw Komorowski äußert sich besorgt zu einem jüngst vom ukrainischen Parlament verabschiedeten Gesetz, das der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA) den Status »Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine im 20. Jahrhundert« zuerkennt. Die UPA war im Zweiten Weltkrieg für mehrere Massaker an der polnischen Bevölkerung Wolhyniens verantwortlich. Komorowski erklärt, das Gesetz erschwere den historischen Dialog zwischen Polen und der Ukraine.

23.04.2015	Ein Stellvertreter des Innenministers, Witalij Sakal, reicht seinen Rücktritt ein. Nach Auskunft des Justizministeriums sollte Sakal in den kommenden Tagen im Rahmen des Lustrationsgesetzes überprüft werden.
24.04.2015	Das Parlament beschließt, seinen Festakt zum Ende des Zweiten Weltkrieges auf den 8. Mai zu verlegen. Präsident Petro Poroschenko hatte diesen Tag bereits per Erlass zum »Tag der Erinnerung und Versöhnung« erklärt. Wie in der Sowjetunion und heute noch in Russland üblich, hatte die Ukraine das Ende des Krieges in Europa bisher am 9. Mai begangen.
24.04.2015	Der Journalist und Abgeordnete des Blocks Petro Poroschenko, Mustafa Nayyem, veröffentlicht Dokumente, die belegen sollen, dass der Donezker Unternehmer Rinat Achmetow hinter den Protesten von Bergleuten gegen den Energieminister stehe. Die Proteste seien Teil einer Kampagne Achmetows für die Erhaltung seiner Monopolstellung im Energiesektor.
24.04.2015	Ukrainische und russische Vertreter des Gemeinsamen Kontroll- und Koordinationszentrums fordern die Entmilitarisierung des Ortes Schyrokyne östlich von Mariupol, um den es zu heftigen Gefechten gekommen war.
25.04.2015	Der Donezker Separatistenführer Oleksandr Sachartschenko erklärt in einem Interview des deutschen Magazins Der Spiegel, man habe nicht alle schweren Waffen abgezogen, um in der Lage zu sein, auf Feuer der ukrainischen Armee zu antworten. Er hält außerdem an der Forderung fest, das gesamte Gebiet Donezk in die »Volksrepublik Donezk« zu integrieren.
25.04.2015	Die OSZE-Vertreterin für die Kontaktgruppe zwischen der OSZE, Russland und der Ukraine, Heidi Tagliavini, kündigt für den 29. April 2015 eine Videokonferenz zwischen der Kontaktgruppe und Vertretern der »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk an. Bei dem Gespräch sollen die Minsker Vereinbarungen thematisiert werden, insbesondere der Waffenstillstand, der Abzug schwerer Waffen und der Gefangenen austausch. Außerdem soll über die Einrichtung von themenspezifischen Verhandlungsgruppen und Hilfslieferungen der Ukraine in den Donbass gesprochen werden.
26.04.2015	Der Präsident des Europäischen Rates, Donald Tusk, erklärt, dass es auf absehbare Zeit keine EU-Friedensmission in der Ukraine geben werde. Darauf könnten sich die Mitgliedsstaaten nicht einigen. Stattdessen werde die EU die Stärkung der OSZE-Mission zur Überwachung der Vereinbarungen von Minsk unterstützen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Heiko Pleines

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Polen, der Ukraine-Konflikt und die Europäische Union

Polen-Analysen 161

Von Piotr Buras, Warschau



Zusammenfassung

Die neue Regierung von Ministerpräsidentin Ewa Kopacz, die im Herbst nach der Wahl Donald Tusks zum Präsidenten des Europäischen Rates gebildet wurde, setzte keine neuen Akzente in der Politik zum Ukraine-Konflikt. In der Frage der Unterstützung der Ukraine bemüht sich Warschau, nicht aus der Argumentationslinie auszuscheren, dass die Einheit der Europäischen Union und des Westens wichtiger sei als Aktionismus. Polen war auch nicht bei den Hauptverhandlungen mit Russland dabei. Polen hat nur beschränkte Möglichkeiten, auf die Lösung des russisch-ukrainischen Konflikts Einfluss zu nehmen, legt aber Nachdruck auf die Stärkung der NATO und der EU sowie der eigenen Verteidigungsfähigkeit.

<<http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen161.pdf>>

Abstracts von Artikeln aus OSTEUROPA 1–2/2015 mit Ukrainebezug

OSTEUROPA 1–2/2015 ist erschienen. Das Heft kostet 18,00 € (für Studenten 15,00 €) und ist zu bestellen unter osteuroopa@dgo-online.org. Es enthält folgende Beiträge mit Russlandbezug:

Nikolay Mitrokhin

Bandenkrieg und Staatsbildung

Zur Zukunft des Donbass

Der Waffenstillstand im Donbass ist prekär, Russland betreibt jedoch bereits Staatsbildung. Da die meisten höheren Beamten der Janukowyč-Ära seit Juli 2014 vor dem Terror der separatistischen Kämpfer geflohen sind, mangelt es Moskau an Männern mit Verwaltungserfahrung. An der Spitze der »Volksrepubliken« wurden drittrangige Beamte oder Kleinunternehmer installiert. Die »Volksbürgermeister« haben keine Kontrolle über die lokalen Kämpfer, die »Volksmilizen« sind ebenfalls lediglich bewaffnete Gruppierungen. Das besetzte Gebiet besteht daher aus einem Konglomerat lokaler Fürstentümer. Insbesondere im Gebiet Luhans'k ist der Versuch gescheitert, eine Zentralmacht aufzubauen. Dort eskalieren regelmäßig Konflikte zwischen einflussreichen Feldkommandeuren.

Ekaterina Sergackova

Freiwillig

Kleines Who's Who ukrainischer Bataillonskommandeure

Die ukrainischen Freiwilligenbataillone sind während des Krieges im Donbass immer wieder in die Schlagzeilen geraten. Einigen wird eine rechtsradikale oder gar neonazistische Ideologie vorgeworfen, anderen werden Kriegsverbrechen zur Last gelegt. Weniger ist über die Kommandeure der Bataillone bekannt. Eine Reihe von ihnen ist im Oktober 2014 in das ukrainische Parlament gewählt worden. Darüber hinaus verbindet sie wenig. Einige sind seit langem politisch aktiv, andere sind ehemalige Berufssoldaten und haben erst im Frühjahr 2014 dem Privatleben den Rücken gekehrt, um den von Russland forcierten Separatismus im Donbass zu bekämpfen.

Tetjana Bezruk, Andreas Umland

Der Fall Azov

Freiwilligenbataillone in der Ukraine

Freiwilligenbataillone sind eine Reaktion auf Russlands verdeckte Invasion in der Ukraine. Während die meisten Verbände als kriegsbedingte Spielart der Zivilgesellschaft in der postrevolutionären Ukraine betrachtet werden können, gibt es Freiwilligenverbände, die Züge »unziviler Gesellschaft« tragen. Zu diesen gehört das Bataillon *Azov*. Seine Geschichte ist dubios, Führungsriege und Symbolik sind faschistisch. Aber *Azov*, das zum Nationalgarderegiment aufgewertet wurde, ist atypisch.

Łukasz Adamski

Beobachtung der Beobachter

Die OSZE und Russlands Aggression gegen die Ukraine

Die OSZE ist nach Jahren des Bedeutungsverlusts durch Russlands Aggression gegen die Ukraine wieder zu einer wichtigen internationalen Organisation geworden. In die Ukraine entsandte sie eine große zivile Beobachtermission. Zudem beobachtet sie zwei Grenzübergänge zu Russland und spielt als Vermittler in der Trilateralen Kontaktgruppe eine bedeutende Rolle. Die Beobachtermission ist allerdings schlecht ausgerüstet, das Personal wurde oft nicht nach fachlichen Kriterien rekrutiert. Viel zu lange war die Mission auf diplomatische Äquidistanz bedacht und dokumentierte daher Russlands massive und offensichtliche Beteiligung an dem Krieg nicht. Die Tatsache, dass Russland Kriegspartei ist, sich aber als Vermittler gibt und zugleich die nach dem Konsensprinzip entscheidende OSZE lähmen kann, schmälert die Erfolgsaussichten der Organisation und ihrer Missionen.

Mark N. Katz

Aggression und Reaktion

Russland, die Ukraine und der Westen

Auch nach dem in Minsk ausgehandelten Waffenstillstand ist unklar, welche Ziele Russland in der Ukraine verfolgt. Geht es nur um die bislang besetzten Gebiete, um den EU- und NATO-Beitritt der Ukraine oder um eine umfassende Konfrontation mit dem Westen? Da der Westen sich festgelegt hat, der Ukraine nicht militärisch zu helfen, hat Russland bei begrenzten Zielen kurzfristig die besseren Karten in der Hand. Eine langwierige Auseinandersetzung mit dem Westen kann Moskau nicht gewinnen. Neben der ökonomischen Schwäche verschlechtern auch die weltpolitischen Veränderungen, die der Kreml in Gang gesetzt hat, Russlands Position. Dennoch müssen die USA und die EU-Staaten sich rasch auf eine gemeinsame Eindämmungspolitik zur Verhinderung einer weiteren territorialen Expansion in der Ukraine einigen.

Falk Bomsdorf

Klarheit und Konsequenz

Russland-Politik in Zeiten des Krieges

Die Annexion der Krim im März 2014 sowie Russlands Krieg gegen die Ukraine sind ein Angriff auf Europa. Der Westen muss sich auf eine anhaltende Konfrontation mit Russland einstellen. Das Mantra, Sicherheit und Stabilität in Europa seien nicht ohne Russland zu erreichen, ist ebenso fragwürdig wie die Ermahnung, weiter den Dialog mit dem Kreml zu führen, wenn dieser weder über die Krim noch über den Krieg in der Ostukraine Dialog führen will. Putins revisionistischer Konfrontationskurs verlangt eine klare Antwort. Dazu gehören die Wiederherstellung der westlichen Verteidigungsfähigkeit, Containment gegen Aggressivität, Sanktionen und die umfassende Unterstützung der Ukraine. Nötig ist eine westliche Politik nach dem Muster der »friedlichen Koexistenz«: Zusammenarbeit, wo immer möglich – Widerstand, wo immer nötig.

Veronika Movčan

Aus dem Zwischenraum

Ukraine: Handelsverflechtung und Außenpolitik

Die wichtigsten Handelspartner der Ukraine sind die EU-Staaten und Russland. Auf sie entfällt der größte Anteil am Handel mit Waren und Dienstleistungen, aus diesen Ländern fließen die meisten ausländischen Direktinvestitionen ins Land. Die Ukraine versucht seit langem, durch eine Annäherung an die EU eine Modernisierung der Volkswirtschaft

zu erreichen. Russland nutzt die Verflechtung, die vor allem im Energiesektor besteht, um dem entgegenzuwirken. Da der EU-Kurs auch in der Ukraine nicht unumstritten war, balancierte Kiew lange zwischen Brüssel und Moskau. Die Ära dieses Schaukelkurses dürfte durch Russlands Annexion der Krim und den im Donbass entfesselten Krieg vorbei sein.

Petra Opitz

Mit angezogener Handbremse

Reformen im Energiesektor der Ukraine

Der Energiesektor ist der Schlüssel jeder Volkswirtschaft. In der Ukraine ist er hoch subventioniert. Die Subventionen belasten den Staatshaushalt und sind wirtschafts- und energiepolitisch schädlich. Sie fördern Verschwendung und Ineffizienz. Weder die Energieversorger noch die Industrie haben Anreize zu Modernisierung und Innovation. Grundlegende Reformen sind unumgänglich. Der Abbau der Subventionen, die Diversifizierung der Energieversorgung und die stärkere Nutzung erneuerbarer Energien sind zentrale Schritte. Eine Effizienzrevolution ist nötig.

Wilfried Jilge

Herkulesaufgabe

Rechtsstaat und Gerichte in der Ukraine

Der Aufbau eines Rechtsstaats mit unabhängiger Rechtsprechung entscheidet maßgeblich über das Gelingen der Reformen. Ein funktionierender Rechtsstaat stärkt das Vertrauen der Bürger in ihren Staat, garantiert den Schutz des Eigentums und schafft Investitionssicherheit. Er ist eine grundlegende Bedingung für den wirtschaftlichen Neustart. Die Justiz der Ukraine war politisiert und korrupt, die Idee des Rechtsstaats ist diskreditiert. Gesellschaft und Politik stehen vor einer fundamentalen Aufgabe.

Martin Aust

Nicht wie im *Leben des Brian*

Replik auf Anna Veronika Wendlands Kritik

Anna Veronika Wendlands Vorwurf, die Osteuropäische Geschichte als Disziplin habe angesichts der Russland-Ukraine-Krise und des Krieges versagt, ist unhaltbar. Historikerinnen und Historiker haben sich vielfältig zu Wort gemeldet. Ob Fachleute in der Öffentlichkeit auftauchen, hängt mehr von den Gesetzen der Medien als von der Streitkultur der Historiker ab. Weder trifft die eine These zu, dass Ukraine-Kompetenz ein Karriererisiko darstellt, noch die andere, dass die Ukraine in der Lehre nicht behandelt werde. Allerdings bedarf es mehr Anstrengung, um die Ukraine in der transregionalen Geschichte Osteuropas zu verankern.

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>